

Attac fordert entschlossenes Handeln gegen die Steuer- und Regulierungssoasen!
Sofortige Sanktionen gegen Banken, die mit Steueroasen Geschäftsbeziehungen haben!

Und schon wieder kreite der Berg und gebar ein Muslein. Da Steuer- und Regulierungssoasen eine zentrale Rolle für die Finanzmärkte und damit auch für die gegenwärtige Krise spielen, ist das Ergebnis der heutigen OECD-Konferenz von Paris spindeldrr. Immerhin scheinen nun Finanzminister Steinbrück, der französische Haushaltsminister Woerth und Angel Gurra (OECD) der Schließung der Steueroasen endlich Priorität einzuräumen.

Aber außer der Absicht der EU, in den nächsten Monaten eine neue Zinsrichtlinie gegen Steuerflucht vorzubereiten, die schwarze Liste der Steuerparadiese der OECD bis zum Sommer 2009 zu aktualisieren und markiger Worte ist bei der Konferenz von 20 Staaten in Paris schon wieder nichts herausgekommen. Das reicht aber nicht: auf die Staaten auf der Schwarzen Liste muss massiv Druck ausgeübt werden, u.a. Wirtschaftssanktionen. Gerade in der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass Steueroasen die Schwarzen Löcher im Finanzsystem sind weil über sie Regulierungen umgangen werden.

Immerhin zeigen die Anforderungen Steinbrücks an die neue Zinsrichtlinie, dass er sich einige Forderungen, die Attac und das von Attac mitbegründete internationale Netzwerk für Steuergerechtigkeit (Tax-Justice-Net) seit Jahren erheben, nun endlich zu eigen macht: dass die Zinsrichtlinie nicht nur Zinsen, sondern auch die Kapitaleinkünfte erfassen, auch für Stiftungen und Körperschaften gelten und mehr Länder als bisher umfassen muss, fordert Attac seit dem ersten Entwurf der jetzt geltenden Zinsrichtlinie.

Dass Herr Steinbrück aber bis dahin national nur die Verbesserung der Finanzmarktaufsicht in diesem Bereich und die Verbesserung der Zusammenarbeit von Zoll und der Finanzaufsicht in Aussicht stellt, ist viel zu wenig. Auch wüsste man gerne, was er unter steuerrechtlichen Maßnahmen versteht, die er als dritte Maßnahme nennt.

„Der Finanzminister sollte sofort Sanktionen gegen die Banken ergreifen, die in Steueroasen Niederlassungen haben und/oder Geschäfte mit dort ansässigen Instituten machen. Schließlich benötigen alle Banken eine Lizenz.“

Auf EU-Ebene könnte beschlossen werden, dass nur diejenigen Banken ein Konto bei der EZB einrichten können, die der Steuerflucht keinen Weg bieten. Das würde den Steuer- und Justizparadiesen ihre Existenzgrundlage entziehen.